

Dritte Sitzung – Troisième séance

Mittwoch, 29. November 1989, Vormittag
 Mercredi 29 novembre 1989, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: M. Ruffly

89.454

Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion Entwicklung auf dem Hypothekenzinsmarkt Interpellation du groupe socialiste Evolution des taux hypothécaires

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1795 hiervoor – Voir page 1795 ci-devant

Diskussion – Discussion

Leuenberger Moritz: Als wir diese Interpellation einreichten, stand eine erste Hypothekenzinserhöhung zur Diskussion. Heute steht bereits die dritte Hypothekenzinserhöhung in diesem Jahr im Raum.

Am Anfang der ganzen Kette steht die Nationalbank, die die Teuerung bekämpfen will, also langfristig eine soziale Massnahme ergreifen will. Die Banken in der Mitte halten sich schadlos. Ich muss schon sagen, dass die Interpellationsantwort des Bundesrates etwas blauäugig ist, denn sie widerspricht der tatsächlichen Gerichtspraxis. Es ist heute eben möglich, dass ein Hauseigentümer den Mietzins auch dann erhöht, wenn er selbst gar keine Hypothek oder aber eine Festhypothek hat, bei der der Hypothekenzinsfuß nicht hinaufgesetzt wird. Das war auch schon vorher so, als es um die Senkung des Hypothekenzinses ging. Der Bundesrat hat gesagt: Ein anständiger Vermieter erhöht die Miete nicht, wenn er früher den gesenkten Hypothekenzins nicht weitergegeben hat. In Tat und Wahrheit war das eben trotzdem der Fall, und es war nötig, dass der Bundesrat seine Verordnung auf unseren Antrag hin geändert hat.

Aber auch heute beachtet er nicht, dass die Gerichtspraxis auf seine Argumentation keine Rücksicht nimmt. Durch die Politik der Nationalbank wird in Wirklichkeit die Teuerung angeheizt. Für 1989 steigen die Mieten um 10 bis 12 Prozent, und das führt zu einer Teuerung von 2 Prozent. Eine weitere Steigerung wird erwartet für das nächste Jahr, nämlich 3 Prozent für die Mieten. Das bedeutet dann wieder 0,5 Prozent für die allgemeine Teuerung. Das Ziel der Nationalbank ist ja, dass 1990 die Teuerung zurückgehen soll. Wenn aber eine dritte Hypothekenzinsrunde kommt, wird das ganze Ziel um ein halbes bis ein ganzes Jahr hinausgeschoben. Bis zum Mai 1991 müssen wir dann mit einem weiteren Prozent Teuerung rechnen.

Wenn wir davon ausgehen, dass die Mietliegenschaften durchschnittlich zu 60 Prozent belehnt sind, und wir von einer Hypothekerverschuldung von 250 Milliarden Franken ausgehen, können wir errechnen, dass heute die Mieter insgesamt 6 bis 7 Milliarden mehr Miete bezahlen. Schon heute leisten also die Mieter wegen dieser zwei Hypothekenzinsrunden ihren Beitrag an die Teuerungsbekämpfung. Sie sind nicht bereit, einen weiteren Beitrag zu erbringen, und ich werde deswegen diese Session einen Vorstoss für einen Mietzinsstopp

deponieren. Soweit nämlich eine Mietzinserhöhung mit einer Hypothekenzinserhöhung über 6 Prozent begründet werden sollte, darf sie nicht auf die Mieter überwältigt werden. Natürlich, die Jünger des Marktes – und sie sind zahlreich in diesem Saal – werden dagegen protestieren. Aber ich muss Ihnen sagen: Auf dem Hypothekenzinsmarkt ist es eben nicht so, dass Anbieter und Finanzierer sich direkt gegenüberstehen, die Banken einerseits und die Mieter andererseits, sondern da gibt es Mittelsmänner, das sind die Hauseigentümer. Der Hauseigentümer kann die Hypothekenzinserhöhung einfach weitergeben, und er gibt sie gerne weiter, weil er nämlich auch noch gerade sein Eigenkapital damit verzinsen kann. Das bedeutet dann auch, dass der Anbieter, nämlich die Bank, einen überhöhten Zins verlangen kann. So geht es mir, wenn ich z. B. zur Nationalbank gehe und gegen diese Politik protestiere. Da heisst es: Ja, Sie müssen nicht zu uns kommen, gehen Sie zu den Banken, die haben ja Gewinnmargen, die es ihnen ohne weiteres ermöglichten würden, von einer Hypothekenzinserhöhung abzusehen. Wenn ich dann zu Herrn Studer von der Bankgesellschaft gehe, dann sagt er: Ja, Sie müssen nicht zu mir kommen, gehen Sie zu den Hauseigentümern. Die müssen die Hypothekenzinserhöhung auch nicht einfach weitergeben. Am Schluss steht dann der Mieter direkt dem Hauseigentümer gegenüber. Wie Sie wissen, hat er ja das Instrument einer Mietzinskontrolle nicht, und er hat auch keinen absoluten Kündigungsschutz. Am Schluss der Kette ist der Mieter, und er ist schwach. Er kann, wenn er sich wehrt, auf die Strasse gestellt werden, und er hat auch überhaupt keine Lobby, das ganz im Gegensatz zu dem mächtigen und starken Hauseigentümergebiet.

Wir sind der Ansicht, dass auch die Banken einen Beitrag an die Teuerungsbekämpfung leisten könnten. Sie könnten mit einer kleineren Marge leben, insbesondere in Anbetracht ihrer Auslandgeschäfte. Die heutige Gewinnmarge ist durch eine kartellartige Praxis entstanden. Denken Sie daran, dass bis 1975 die Marge unter 1 Prozent lag, dass dann eine Erhöhung um 0,5 Prozent beschlossen wurde und dass damals als Begründung die Automatisierung, die Computerisierung des ganzen Geschäftes angegeben wurde. Das waren Rationalisierungsmassnahmen, die zwar kurzfristig etwas gekostet haben. Aber man sollte ja nun wirklich meinen, sie hätten sich längst kostensenkend ausgewirkt. Diese Kostensenkung wurde nie weitergegeben, und sie wurde deswegen nie weitergegeben, weil keine Konkurrenz da ist.

Das führt mich zu weiteren Forderungen, die wir ebenfalls diese Session als Vorstoss deponieren wollen: Die Hypothekenzinssätze müssen durch die Preisüberwachung kontrolliert werden. Der Bundesrat ist derselben Meinung. Aber wenn wir damit rechnen müssen, dass Anfang nächstes Jahr eine dritte Hypothekenzinsrunde innerhalb Jahresfrist kommt, dann muss durch einen dringlichen Bundesbeschluss sofort die Unterstellung unter den Preisüberwacher erfolgen. Wir werden einen entsprechenden Vorstoss hinterlegen.

Schüle: Wir dürfen feststellen, dass die Nationalbankpolitik zielgerichtet, sachbezogen, wo nötig auch unpopulär ist. Die Schweizerische Nationalbank operiert glücklicherweise völlig unabhängig. Sie ist damit auch nicht von politischen Stimmungsschwankungen betroffen. Aber zuzugeben ist, dass eben ihre Antiinflationpolitik, in einer Anfangsphase zumindest, über den Hypothekenzins die Teuerung noch anheizen kann.

Damit kommen wir zur grundlegenden Problematik der politischen Koppelung von Hypothekar- und Mietzins. Durch diese Koppelung besteht die Gefahr, dass die vorhandenen Finanzmittel volkswirtschaftlich nicht optimal verwendet werden, dass das Hypothekargeschäft eben subventioniert wird durch andere Geschäftssparten, insbesondere durch die kommerziellen Kredite. Damit tragen dann vor allem die Klein- und Mittelbetriebe, die sich mit Bankkrediten finanzieren müssen, diese Kosten. Sie müssen in der Folge sehr viel rascher und stärker steigende Zinslasten auf sich nehmen.

An die Adresse der Sozialdemokraten ist die Frage zu richten: Warum vertreten Sie hier im Hypothekenzinsbereich eigentlich eine völlig andere Theorie als im Bereiche der Energie, wo Sie

uns doch immer die Grenzkostentarife empfehlen? Machen denn die Banken etwas anderes, als was Sie uns in der Energiepolitik als Allheilmittel anpreisen? Mindestens für die Althypotheken machen die Banken eine Mischrechnung – da nehmen sie im Interesse aller von dieser Grenzkostentheorie Abstand. Dass sie im Bereiche der Neuhypotheken aber anders kalkulieren müssen, ist ja klar. Die Schweizer Banken müssen heute über die Kundenfestgelder ihre kurzfristigen neuen Mittel mit über 7 Prozent verzinsen und haben damit überhaupt keine Marge mehr, wenn sie damit ihr Hypothekarzinsgeschäft finanzieren. Dass das nur kurzfristig möglich ist, liegt ja auf der Hand.

Damit komme ich zurück zur Politik der Nationalbank, die es in der Vergangenheit verstanden hat, ihre Politik ganz auf die langfristig angelegte Inflationbekämpfung auszurichten. Wir dürfen ihr ein gutes Zeugnis ausstellen. Zweimal in der Vergangenheit ist die Schweizerische Nationalbank vom Pfad der Tugend abgewichen: 1978, als die Stärke des Schweizerfrankens die Schweizer Wirtschaft, vor allem die Exportunternehmen, fundamental gefährdet hat. Damals rutschte der Wert des Dollars auf 1.45 Franken, derjenige der Mark auf 75 Rappen ab. Dann wieder 1987, nach dem Börsencrash, als noch völlig offen war, welche realwirtschaftlichen Folgen für die Schweizer Wirtschaft eintreten würden. Beide Male hat die Schweizerische Nationalbank – im Rückblick betrachtet – etwas übersteuert. Sie hat damals kurzfristig die Prioritäten anders setzen und den Markt mit Billiggeld versorgen müssen. Seien wir doch froh, dass die Nationalbank jeweils rasch und konsequent gehandelt hat!

Natürlich müssen wir uns heute – wie seinerzeit Anfang der achtziger Jahre – mit den Spätfolgen dieser Billiggeldpolitik nach dem Crash auseinandersetzen. Um diesen Preis kommen wir mit Blick auf die Zielsetzung der langfristigen Preisstabilität nicht herum. Da hilft uns keine Intervention auf der politischen Bühne, da hilft uns auch der Preisüberwacher nicht weiter. Eine andere Frage stellt sich aber in diesem Zusammenhang, nämlich jene nach der Zukunft und der Bedeutung des Finanzplatzes Schweiz. Es ist offensichtlich, dass wir es da mit einem fundamentalen Problem zu tun haben. Die Stellung des Finanzplatzes Schweiz ist gefährdet. Er verliert laufend an Bedeutung. Damit entfallen auch die Voraussetzungen für die Zinsinsel Schweiz. Es ist abzusehen, dass wir uns dem längerfristigen Zinstrend je länger, je weniger werden entziehen können. Das tönt sehr nüchtern, ist aber die ungeschminkte Realität.

M. Etique: L'interpellation du groupe socialiste appelle de notre part les observations et remarques suivantes. Premièrement, après avoir été trop large, la politique de la Banque nationale suisse vise à modérer la demande dans des secteurs sensibles de notre économie où un redémarrage de l'inflation dégénère facilement en situation de surchauffe. L'objectif poursuivi par notre institut d'émission est donc de modérer l'inflation, condition indispensable à la stabilité à long terme de notre économie.

Deuxièmement, nous estimons que rien ne doit être entrepris qui pourrait avoir des conséquences négatives sur l'offre de logements, tant il est vrai qu'une aggravation de la pénurie ne peut avoir qu'un effet négatif sur le niveau de loyers déjà suffisamment élevé. A nos yeux, il vaut mieux miser sur la nouvelle législation contre les abus dans le secteur locatif que de réintroduire un discutable contrôle des loyers qui aurait plus d'inconvénients que d'avantages, en particulier l'inconvénient d'éloigner des investisseurs du marché immobilier.

En outre, la proposition qui tente à éliminer les institutionnels de la prévoyance professionnelle conduirait à nous priver d'investisseurs qui agissent sur le long terme et qui sont davantage un facteur de stabilité qu'une cause de fluctuations désordonnées et erratiques due à une spéculation immobilière effrénée et à la petite semaine.

Cela ne nous empêche pas d'être préoccupés par l'évolution du marché hypothécaire dont les hausses répétées et spectaculaires des taux d'intérêt ne manquent pas de créer de graves difficultés aux locataires et aux petits propriétaires de logements et d'habitations. Ces derniers doivent faire face à des

hausse de location ou de charges hypothécaires que des budgets petits et moyens ont de plus en plus de peine à absorber. Avec de tels taux, l'accession à la propriété privée d'habitations devient de plus en plus problématique, sinon un voeu pie que l'on exprime à l'occasion des campagnes électorales. Que faire? En tout cas éviter une intervention pesante de l'Etat, une mainmise sur le marché de l'argent, un contrôle de la politique hypothécaire en particulier, de même que des mesures de contrôle qui iraient presque, à coup sûr, à sens contraire des objectifs recherchés. Pour nous, l'action de l'Etat peut s'orienter dans trois directions: extension, si nécessaire, des moyens mis à disposition pour la construction de logements à loyer modéré; amélioration des conditions-cadres pour que la Suisse retrouve son rôle de place financière attractive, ce qui ne manquera pas d'avoir des effets positifs sur l'offre de capitaux, sur la liquidité du marché, sur le niveau général de l'intérêt; approfondir le dialogue avec les banques pour les encourager à la modération et pour les inciter à réfléchir sur certaines possibilités.

Par exemple, ne pourrait-on pas essayer de trouver un moyen d'éviter les trop grandes fluctuations des taux hypothécaires par la mise en place d'un fonds d'égalisation ou de compensation, comme il en existe dans les sociétés anonymes pour égaliser les dividendes versés aux actionnaires? Il est vrai qu'ainsi les taux hypothécaires échapperaient en partie à l'instrumentarium de la politique conjoncturelle. Toutefois, il serait possible de recourir plus intensément aux autres moyens mis à disposition sans compter que les banques s'exposeraient moins à la critique dans un secteur aussi sensible que celui des taux hypothécaires.

On le voit, dans un domaine aussi complexe, aussi chargé d'émotion, où tant d'éléments disparates s'imbriquent, les solutions ne tomberont pas du ciel. Il faut stimuler l'imagination et la réflexion; le mérite de cette interpellation est de nous y inviter.

M. Eggly: Comme on pouvait s'y attendre, l'interpellation du groupe socialiste s'en prend aux grandes banques, à la Banque nationale et aux propriétaires.

A propos de l'attitude de ces trois accusés habituels par la gauche, le groupe libéral entend rappeler quelques vérités fondamentales. Contrairement à une légende savamment entretenue, les banques ne pratiquent pas une politique consistant à s'en mettre «plein les poches». D'ailleurs, qui sont les grandes banques? sinon le plus souvent vous, moi, des actionnaires, des épargnants autant que des emprunteurs. Car les épargnants, il ne faut tout de même pas les oublier; eux aussi méritent considération; les investissements économiques mais aussi les revenus familiaux en dépendent. Rémunérer l'épargne de manière correcte, c'est à la fois économiquement sain et éminemment social. Toujours est-il que les taux d'intérêt, dont on parle surtout en cas de hausse, ne doivent pas être confondus avec les marges d'intérêt prises par les banques elles-mêmes, qui sont – vous le savez – à peu près les plus faibles du monde. Elles sont plus du double en République fédérale allemande et de cinq fois plus aux Etats-Unis. Alors de grâce, mettons une sourdine aux slogans sur les affreux banquiers profiteurs! Quant au volume du bénéfice des banques lié à l'attrait de la place financière suisse, ne venons pas ironiser un peu bêtement là-dessus, alors que cette place financière apporte 16 pour cent des rentrées fiscales en Suisse et alors que le vrai problème, aujourd'hui, est de sauvegarder la résistance et la vigueur de cette place financière, car, en effet, encore faut-il qu'elle demeure attrayante tant pour le marché intérieur que pour le marché extérieur, c'est-à-dire notamment pour l'épargnant et pour l'investisseur financier. Déjà, on voit des opérations financières quitter la Suisse; aujourd'hui, certains s'en réjouissent peut-être, demain on pourrait le regretter amèrement.

En tout cas, l'idée de bloquer les taux d'intérêt, de les placer sous étroite surveillance des prix ne se justifie pas, ni par les marges d'intérêt prises par les banques – je viens d'en parler – ni par le niveau des taux d'intérêt en Suisse précisément, qui demeurent parmi les plus bas. A moins de vouloir subventionner les banques, on ne saurait les empêcher de suivre le mou-

vement de l'offre et de la demande d'argent, influencé par la politique de la Banque nationale notamment. Que les taux d'intérêt en Suisse rapprochent un peu ceux de l'étranger n'a vraiment rien de scandaleux.

Nous arrivons au deuxième accusé par la gauche: la Banque nationale, puisqu'aussi bien chacun comprend ou devrait comprendre que ce ne sont pas les banques mais notamment la politique monétaire de la Banque nationale de lutte contre l'inflation qui provoque la hausse des taux d'intérêt et particulièrement du renchérissement, du refinancement des hypothèques.

Il y a quelques jours à l'occasion de ses examens trimestriels au collège, j'ai dû expliquer à ma fille la politique de la Banque nationale contre l'inflation. J'ai dû lui expliquer qu'en freinant la demande d'argent, en rapprochant globalement l'offre et la demande, par ce biais, on luttait efficacement, globalement contre le renchérissement dans le pays; ainsi, l'inflation pouvait être jugulée et ses effets pervers pouvaient être neutralisés. J'ai dû évoquer ses effets pervers, terriblement antisociaux, surtout pour les laissés-pour-compte des adaptations automatiques du revenu, ou pour ceux qui subissent des retards dans ces adaptations, sans parler du risque de miner la substance vive de l'économie d'un pays, sa vigueur vis-à-vis de l'étranger et, naturellement, au bout du compte, les locataires verraient aussi leur loyer subir les conséquences de cette dégradation globale; car on en arrive à une épuisante course poursuite tous azimuts lorsqu'on est pris dans la spirale de l'inflation. Bref, il fallait expliquer qu'un renchérissement à court terme par hausse des taux d'intérêt de l'argent prêté, permettait de lutter contre le renchérissement à long terme et que tous les pays développés, aujourd'hui, avaient fait de la lutte contre l'inflation une priorité. Eh bien, ma fille de dix-sept ans a compris, elle a dit en substance: «bravo la Banque nationale!» Elle n'a pourtant pas la formation poussée et approfondie de certains distingués collègues de la gauche ici présents.

Oh, je sais bien, il faut aussi s'occuper des conséquences sociales d'une décision et j'admets qu'on puisse trouver qu'une décision de la Banque nationale est trop brutale, que sa répercussion par les banques sur les taux hypothécaires sont trop brutaux; soit, mais cela ne remet pas en cause le fond, le principe. Le groupe libéral salue une fois encore l'indépendance institutionnelle de la Banque nationale, qui la libère des pressions politiques et de la démagogie.

Le groupe libéral donc insiste, une fois de plus, sur le fait qu'une politique de lutte contre l'inflation est une politique éminemment sociale. Mais, dira-t-on, une fois la décision de la Banque nationale répercutée par les banques sur les taux hypothécaires, cela n'autorise pas encore les propriétaires à les répercuter sans autre sur les loyers, eux qui ne baissent pas les loyers lorsque les taux baissent. Voici le troisième accusé comme d'habitude de la gauche, l'affreux propriétaire.

Moi qui ne suis pas propriétaire, je suis à l'aise pour en parler, au contraire parfois de certains collègues de la gauche. Nous n'allons pas entamer ici un vaste débat sur le logement. Relevons tout de même qu'en Suisse les propriétaires ou régisseurs peuvent être appelés à justifier devant une commission le report des taux hypothécaires sur les loyers. Quant au niveau général des loyers, il dépend aussi d'autres facteurs et d'autres coûts. On a parlé abondamment récemment du prix spéculatif des terrains et le Parlement a voulu se donner bonne conscience en votant les trois arrêtés urgents. Mais on n'a pas parlé de la hausse des coûts salariaux par exemple dans l'industrie du bâtiment; on n'a surtout pas parlé suffisamment du renchérissement provoqué par les retards étatiques, bureaucratiques dans les autorisations de construire. On n'a pas assez insisté, ici, sur le fait que le meilleur moyen de stabiliser le marché du logement, donc les loyers, c'était de ne pas étouffer l'offre. Quand on veut précisément étouffer l'investissement immobilier des caisses de pension, elles qui pèsent sans doute sur le marché de l'argent, mais qui ont néanmoins un effet stabilisateur, un effet non spéculatif sur le marché du logement, orientées qu'elles sont sur le long terme, on se dit que toutes les pressions politiques auxquelles on assiste se nourrissent de l'émotion à court terme et n'ont pas véritablement le sens de l'intérêt à long terme. Si l'on se préoccupait du

long terme, comment oserait-on s'acharner sur l'idée d'un contrôle des loyers, alors que toutes les expériences, en Europe, d'un tel contrôle sont de nature à détourner de cette idée? C'est une catastrophe pour la qualité du logement et pour la quantité des logements sur le marché. Non, les libéraux ne croient pas que l'on assainira la question du logement hors de toute logique économique. L'appel à la responsabilité, à l'autodiscipline des milieux professionnels: oui, des mesures contre les abus: oui, des mesures d'aide aux victimes du dysfonctionnement du marché: oui, ça c'est une politique sociale et les libéraux essaient de la promouvoir, notamment à Genève. Mais de l'étatisme stérilisant: non. Nous ne sommes pas les avocats stipendiés, payés par les trois groupes d'accusés de la gauche. Nous disons aux socialistes que rien dans ce qu'ils proposent – nous en sommes convaincus – ne répond à une justification, ni à l'intérêt général. En regard de cet intérêt général à long terme, nous n'avons que trop écouté les voix de gauche.

Rychen: Diese Diskussion über die Hypothekarzinsserhöhung erscheint uns richtig, obwohl dieses Gremium diese Zinsen nicht festsetzen kann.

Herr Leuenberger hat die Feststellung gemacht, dass die Nationalbank die Teuerung anheizt. Dem ist vielleicht folgendes anzufügen: Natürlich steigen die Mieten, Herr Leuenberger, aber es steigen auch die Kosten, die Wohnkosten für Einfamilienhausbesitzer und für andere Bewohner, die das Eigentum für eigene Zwecke nutzen. Und es steigen auch die Kosten für Kleingewerbler und Unternehmer, die investieren wollen und investiert haben. Das gehört zur ganzen Wahrheit.

Aber wenn Sie behaupten, die Nationalbank heize die Teuerung an, dann muss ich Ihnen in Erinnerung rufen, dass es die Aufgabe der Nationalbank ist, zwischen Gütern und Geldmenge ein Gleichgewicht herzustellen. Wenn dieses Gleichgewicht nicht mehr da ist, muss sie eingreifen und zielorientiert Prioritäten setzen. Die erste Priorität ist, die mittelfristige Gefahr der Teuerung, der allgemeinen Inflation, zu bekämpfen. Deshalb erachten wir es als richtig, dass die Nationalbank die Leitzinsen erhöht hat. Es ist daran zu erinnern – das möchten wir den Sozialdemokraten auch sagen –, dass die Inflation als solche immer noch die gefährlichste Krankheit im Wirtschaftskreislauf ist. Darunter hätten vor allem Arbeitnehmer, Rentner, aber auch Gewerbe, Landwirtschaft und Industrie zu leiden. Alle hätten darunter zu leiden. Deshalb ist es richtig, rechtzeitig die Massnahmen zu treffen, die Gegensteuer geben.

Neben dieser konjunkturdämpfenden Massnahme der Schweizerischen Nationalbank gilt es den Kapitalmarkt zu beachten. Es gehört hier dazu, zu erwähnen, dass der Schweizer in den letzten zwei, drei Jahren natürlich gemerkt hat, dass man auf dem europäischen Markt viel mehr Zinsen für das gesparte Geld bekommt. Da sind den Banken sehr viele Gelder abgeflossen. Deshalb stehen viel weniger günstige Sparheftgelder zur Verfügung, um die Hypothekendarlehen zu finanzieren. Der Schweizer muss zur Kenntnis nehmen, dass unter diesen Marktverhältnissen er nicht dauernd Fünfer und Weggli haben kann. Er kann nicht einerseits im Inland sehr günstige Hypothekarzinsen haben und auf der anderen Seite im Ausland bei guten Anlagen sehr hohe Erträge erwirtschaften. Das geht auf die Dauer nicht, wenn man den Banken hier die günstigen Finanzierungsmöglichkeiten entzieht. Wir sind überzeugt, dass auch der Preisüberwacher diese Marktverhältnisse nicht ändern können.

In diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung. Diese ganze Zinsentwicklung ist auch ein Vorgang, den man im europäischen Gesamtrahmen sehen muss. Die Schweiz hat jahrelang ein tiefes Zinsniveau gehabt, viel tiefer als im übrigen Europa. Dieses Zinsniveau wird sich, auch wenn es uns etwas weh tut, anpassen. Es wird eher so sein, dass sich die Zinsen nach oben, dem europäischen Niveau, anpassen und nicht umgekehrt. Das ist eben auch europäische Integration, die sich langsam bemerkbar macht. Unser Land ist kapitalverkehrsmässig, aber auch sonst wirtschaftlich bereits sehr stark in diesem Europa integriert.

Die SVP sieht weitere Zinsrunden trotzdem als gefährlich an.

Wir würden es nicht begrüßen, wenn die Nationalbank weitere Schritte zur Erhöhung der Hypothekenzinse unternehmen würde. Mit dem jetzt relativ hohen Zinsniveau, das wir erreicht haben, sind viele in Bedrängnis geraten, nicht nur Mieter, sondern auch Unternehmer. Gerade junge, die kürzlich eingestiegen sind, selbständig geworden sind, investiert haben, würden in Schwierigkeiten kommen, wenn man jetzt noch einmal eine Zinsrunde verkräften müsste. In diesem Sinn ist es wohl richtig, jetzt eine Verschnaufpause einzuschalten, wenigstens bei der Nationalbank, also jener Seite, wo es machbar ist.

Hafner Rudolf: Die Erhöhung der Hypothekenzinse ist aus unserer Sicht enorm und erschreckend. Wir haben Verständnis für alle Mieter, die Mühe haben, die Mietzinsen aufzubringen, und wir haben auch Verständnis für jene Menschen, die wegen der Wohnungsnot demonstrieren. Wir fühlen uns solidarisch mit ihnen.

Bei der Analyse dieser relativ schlimmen Lage gehen wir nicht mit allen Vorsprechern einig. Wenn der Sprecher der Liberalen Partei hier in höchsten Tönen die Politik der Nationalbank gelobt hat, muss uns das irgendwo bedenklich stimmen. Herr Kollega Rychen hat auch die Nationalbankpolitik im Sinne der Erhöhung der Leitzinsen befürwortet. Es ist eigentlich evident, dass die Erhöhung der Leitzinsen diese enorme Steigerung der Hypothekenzinsen bedingt hat. Deshalb ist es unverständlich, warum man diese Politik überhaupt befürworten kann. Diejenigen, die diese Hochzinspolitik befürworten, müssen auch die Verantwortung dafür übernehmen, dass die Hypothekenzinse so hoch sind und dass wir deshalb ein derartiges Wohnungsproblem haben.

Wenn man eine Analyse der ganzen Situation vornimmt, stellt man fest, dass mehrere Aspekte in diese Problematik hineinspielen. Es ist nicht nur gerade die Bodenspekulation, sondern die Gesamtentwicklung der Zinsen. Eines der dümmsten Argumente ist dasjenige, dass die EG gesamthaft höhere Zinssätze habe und dass man sich im Sinne eines Anpassertums angleichen müsse. Man muss nicht unbedingt alles so machen wie die andern. Wir haben in der Vergangenheit eigentlich immer davon profitiert, dass wir in der Schweiz relativ niedrige Zinssätze hatten. Es besteht überhaupt kein Grund, warum wir von dieser bewährten Tiefzinspolitik weggehen müssten. Dies ist auch meine Frage an den Bundesrat: Wieso wird in der Antwort auf die Interpellation die Nationalbankpolitik ausdrücklich noch befürwortet? Wenn wir nicht von vornherein auf Mitgliedschaft bei der EG machen wollen, sollten wir auch die Hochzinspolitik der EG nicht mitmachen. Generell beruht das Problem natürlich auf der Erhöhung der gesamten Zinsen, und man hat auch bei der Politik der Amerikaner, der sogenannten Reaganomics, gesehen, dass dieses «deficit spending» und auch die gesamte Erhöhung der Zinsen die Probleme nicht gelöst haben, im Gegenteil, man hat dort eher wieder zurückgeschraubt. Ich hoffe, dass wir da wieder zum guten Weg zurückfinden, den wir vorher hatten.

Weder-Basel: Die Verteuerung des Hypothekenzinssatzes um 1 Prozent bewirkt eine Teuerung der Miete um 12 bis 14 Prozent. Ein weiterer Schub von 0,5 Prozent steht uns bevor. Ich hoffe allerdings, dass es nicht soweit kommt. Die Teuerung wird weiter angeheizt. Wir müssen bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass 70 bis 75 Prozent der Schweizer Bevölkerung Mieter sind. Der durch die Verteuerung der Hypothekenzinsen um 1 Prozent ausgelöste Schub auf der Teuerungsskala macht 2,2 bis 2,4 Punkte aus. Sie wissen ja, dass der grösste Teil unserer Löhne heute an den Index gebunden ist und daher dieser Schub, Gott sei Dank, ausgeglichen werden muss. Mit anderen Worten: Wir haben jetzt dank dieser Intervention der Nationalbank für 1989 mit einer Inflationsrate von 5 Prozent zu rechnen. Das ist die schlechteste Rate, die wir in den letzten Jahren hatten. Es war also höchste Zeit einzugreifen.

Nun stellt sich aber die Frage, ob es das richtige Mittel ist, die Zinsen heraufzusetzen. Ich meine, das sei ein falsches Mittel. Ziel unserer Nationalbank muss es sein, einen kaufkraftbeständigen Franken zu sichern und die Inflation auszuschalten. Wir hatten ja Jahre mit Inflationsraten von 1 bis 1,5 Prozent.

Damit ist auch gesagt, dass es möglich ist, solch niedere Raten zu erreichen respektive überhaupt die Teuerung auszuschalten und trotzdem eine gute Konjunktur zu garantieren.

Ich muss an dieser Stelle auch noch Herrn Leuenberger korrigieren. Die Schweiz ist nicht mit 250 Milliarden Franken hypothekarisch verschuldet, sondern mit 350 Milliarden Franken. Das ist weltweit die höchste Verschuldung überhaupt. In diesem Zusammenhang reizt es mich natürlich, auch noch ein pikantes Detail zu erwähnen. Bei 7 Prozent Zins sind diese 350 Milliarden in zehn Jahren zurückbezahlt, und die Schuld besteht immer noch. Früher sagte man ja auch nicht Zins, sondern Wucher. Das war wesentlich deutlicher. Erst mit dem Lateraner Konzil anno 1515 wurde das geändert – Herr Fierz, wenn Sie es nicht glauben!

Meinerseits glaube ich, wir sollten uns mit Amortisationshypotheken beschäftigen. Wenn wir Hypotheken zu jährlich 0,5 Prozent abzahlen würden, hätte das zur Folge, dass zu den Banken 1,75 Milliarden Franken zurückfliessen würden. Diese 1,75 Milliarden sind ungefähr der Betrag, der letztes Jahr in der Schweiz auf den Bankkonten und auf den Depositenheften gespart wurde. Es rächt sich jetzt auch die Tatsache, dass Geldinstitute Bauten bis zu 100 Prozent und sogar darüber hinaus hypothekarisch belehnt haben. Ich erachte diesen hohen Belehnungsgrad als falsch, denn junge Unternehmer, Kleingewerbetler und auch Einfamilienhausbesitzer, die an den äussersten Rand ihrer Kalkulation gehen, können einen weiteren einprozentigen Zinsaufschlag nicht mehr verkräften.

Ich teile natürlich die Auffassung von Herrn Moritz Leuenberger, dass wir die Hypothekenzinse dem Preisüberwacher unterstellen sollten, denn die Kartellkommission hat ja kürzlich festgestellt, dass solche Zinserhöhungen in der Regel auf Absprache hin erfolgen und nicht dem Markt entsprechen.

Ein Letztes noch. Es wäre zu wünschen, dass, wenn diese Zinshausse einmal vorbei ist, wenn der Zins wieder fällt, die Banken beim Abwärtsgang ebenso schnell reagieren würden wie beim Aufwärtsgang.

M. Carobbio: Dans ce bref débat sur l'augmentation du taux hypothécaire, deux arguments présentés par les opposants à la demande d'interpellation du groupe socialiste m'ont frappé. Premièrement, tout en parlant de la nécessité de lutter contre l'inflation, on oublie qui en sont les victimes et dans quelle situation elles se trouvent; les locataires d'une part et les petits propriétaires, qui ont accompli des efforts pour accéder à la propriété individuelle, en tenant compte des indications de la Confédération qui la favorise d'autre part.

Deuxièmement, on simplifie par trop un problème complexe et difficile. C'était notamment le cas de M. Jacques-Simon Eggly. J'admire véritablement sa fille, qui a si rapidement et si facilement compris et admis la politique de la Banque nationale suisse. Je doute que les locataires et les petits propriétaires y parviennent aussi facilement. J'espère que le Conseil fédéral ne sera pas si simpliste dans ses conclusions. On peut dire que, dans la politique qui est menée aujourd'hui, soit par la BNS, soit par les banques et la Confédération, il y a toute une série de contradictions qui méritent d'être soulignées et d'être corrigées.

Prenons par exemple le cas de la Banque nationale suisse. Je reconnais qu'il faut lutter contre l'inflation. Mais faut-il combattre une minorité d'individus cherchant à réaliser des affaires dans le secteur du bâtiment, en punissant deux millions et demi de ménages? N'y a-t-il pas d'autres moyens? En outre, personne ne peut oublier que dans les années 1985-1986, les grandes banques ont commencé à intervenir sur le marché hypothécaire avec une politique à taux fixe, financée par de l'argent à court terme, afin de couvrir leurs activités internationales. Aujourd'hui, elles ont des difficultés à trouver de l'argent pour ces dernières et répercutent leurs difficultés sur les taux hypothécaires, c'est-à-dire sur les locataires et les petits propriétaires. Ce ne sont donc pas les banques spécialisées dans le marché hypothécaire qui poussent l'augmentation des taux, mais les grandes banques, c'est-à-dire celles qui réalisent les plus grands profits. Il y a de quoi se poser des questions!

Le Conseil fédéral qui a toujours favorisé une politique d'ac-

cession à la propriété doit tout de même admettre que cette situation va à sens contraire. Quel est aujourd'hui le petit propriétaire ou le locataire salarié qui peut encore accéder à la propriété? Certes, ces prêts hypothécaires doivent être financés, mais on ne se limite pas à l'augmentation du taux des nouveaux emprunts – ce qui dans une certaine mesure pourrait être compris – on augmente également les anciens.

En conclusion, il est important que l'exécutif, qui est appelé à tenir compte des intérêts généraux, intervienne pour obtenir de la part de la Banque nationale suisse, des autres banques, des caisses de pension une autre politique, qui facilite la mise à disposition d'hypothèques à taux constant. Cela va dans l'intérêt de la paix sociale dans notre pays, car de nouvelles augmentations du taux hypothécaire ne peuvent qu'entraîner des tensions. Les locataires et les petits propriétaires ne peuvent plus continuer à supporter les conséquences d'une politique contradictoire en matière de prêts de capitaux.

Reimann Maximilian: Herr Moritz Leuenberger, ich wende mich zunächst an Sie. Sie haben Ihr Votum eingeleitet mit der Bemerkung, bereits dreimal in diesem Jahr seien die Hypothekarzinsen erhöht worden. Ich möchte an den Anfang meines Votums die Bemerkung stellen: Bereits dreimal in diesem Jahr wurden die Sparheftzinsen erhöht und gleich viermal die Zinsen der Kassenobligationen. Sie sehen, worauf ich hinaus will. Jede Medaille hat ihre beiden Seiten. Sie sehen nur die eine, die Seite der Mieter, und jede Erhöhung des Mietzinses beschert Ihnen als Mieterverbandspräsident jeweils einen schönen Auftritt in den Medien.

Die Inflation ist nun einmal eine Geißel. Ihre Ursachen sind vielfältig, teils hausgemacht, teils importiert, und sie muss – das wurde hier bereits klar und deutlich gesagt – über höhere Zinsen bekämpft werden. Nicht nur die Mieter, sondern auch die Eigenheimbesitzer leiden darunter. Aber sehen Sie, Herr Leuenberger, doch einmal auch die andere Seite der Medaille. Kann es einem einfachen Sparer zugemutet werden, sein erspartes Geld zu einem Zins auf dem Sparkonto zu belassen, der kaum mehr die Inflation deckt? Der Ruf nach höheren Zinsen ist auch von unten, seitens der Sparer und Anleger, die Folge. Wird diesem Ruf nicht stattgegeben, dann wird eben umgeschichtet: in Kassenobligationen oder – noch schlimmer – in höher verzinsliche Anlagen im Ausland; es wird also Geld ins Ausland abwandern. Die Folgen für die Hypothekarzinsen liegen auf der Hand. Gerade von Ihnen, Herr Moritz Leuenberger, hätte ich erwartet, dass Sie diese Zusammenhänge doch vermehrt auch Ihren Mietern klarmachen.

Auch mich stören die hohen Hypothekar- und Mietzinsen. Aber so schnelle Rezepte, wie Sie sie zu haben glauben, gibt es nicht. An den Marktkräften kommen wir auch in diesem Bereich nicht vorbei. Im Ausland sind die Zinsen noch höher, teils wesentlich höher, als bei uns in der Schweiz. Das Zins-Insel-Dasein der Schweiz scheint allmählich der Vergangenheit anzugehören. Wir sollten langsam lernen, mit höheren Zinsen zu leben. Auch hier, nicht nur im Bereich der Landesverteidigung, drängt sich ein Nachdenken, wenn nicht gar ein Umdenken, auf. Vor diesem Hintergrund habe ich persönlich auch nichts dagegen, wenn sich der Preisüberwacher einmal des Zinswesens annimmt. In den Preisüberwacher haben Sie wahrscheinlich mehr Vertrauen als in Herrn Rychen oder in mich, aber ich bin überzeugt, auch der Preisüberwacher wird zur Erkenntnis kommen, dass die Marktkräfte spielen. Ja, bei vielen Banken würde er gar zur Erkenntnis kommen, dass die Margen im Hypothekarzinsbereich derart klein geworden sind, dass sie ans Mark, an die Existenz gerade der Kleinbanken und Sparkassen gehen.

Halten Sie also Mass, Herr Moritz Leuenberger, und werden Sie nicht zum Totengräber der Lokalbanken! Profitieren würden davon wohl nur die Grossen, und Schützenhilfe an die Grossbanken ausgerechnet von Ihnen und Ihrer Partei wäre ja ein Kuriosum sondergleichen. Helfen Sie lieber mit, dass von den riesigen Mengen an zwangsgesparten BVG-Geldern vermehrt günstiges Geld auf den Hypothekarmarkt fließt. Ich glaube, das wäre ein Ziel, dass wir, Sie und ich, mit vereinten Kräften anstreben sollten.

M. Longet: J'ai été assez étonné des interventions de certains collègues qui m'ont précédé et j'ai entendu des discours d'une orthodoxie et d'un dogmatisme que je croyais révolu. Ce ne sont pas les bonnes paroles qui vont nous aider à avancer mais une analyse rigoureuse du problème. Celle-ci doit commencer en toute logique par poser un diagnostic. Je refuse une analyse purement économique de la situation qui ne tiendrait pas compte des besoins des gens.

Pourquoi aborde-t-on ici le problème des taux hypothécaires? Vous le savez très bien: parce qu'il y a des centaines de milliers de locataires qui subissent les contrecoups du report automatique des hausses du taux hypothécaire sur leurs loyers. Nous avons là une mécanique perverse sur le plan social. Je dirai à M. Eggly que tout comme les locataires – M. Carobbio l'a déjà souligné – les petits propriétaires sont aussi pris à la gorge. Il serait tout à fait faux de voir dans nos propositions des attaques contre les propriétaires en général. Cette fausse solidarité entre petits propriétaires et grande propriété immobilière anonyme ou système bancaire, nous la dénonçons depuis longtemps. Les petits propriétaires et les locataires sont au même titre victimes des hausses du taux hypothécaire. Des hausses seulement puisque la pratique a montré que les baisses qui surviennent ne sont jamais répercutées. Le problème touche ainsi notre responsabilité politique. Nous ne devons pas admettre que le report soit unilatéral. La formule du report est aussi très discutable. On aimerait mieux comprendre et justifier pourquoi un demi-point de hausse du taux hypothécaire correspond à 7 pour cent de hausse du loyer. Je ne comprends vraiment pas non plus pourquoi la surveillance des conditions dans lesquelles les banques décrètent des augmentations du taux et dans lesquelles les bailleurs sont autorisés à les reporter ne serait pas nécessaire. Or cette surveillance est absolument indispensable et urgente. Il ne doit pas y avoir un automatisme mais des situations dûment justifiées. Ceci devrait être du ressort de Monsieur Prix, nous en discutons prochainement.

A la légèreté élégante de M. Eggly je préfère le bon sens terrien de M. Rychen qui mettait en garde avec nous contre un troisième round de hausse qu'il faut absolument empêcher, les deux derniers ayant déjà provoqué suffisamment de ravages. Nous ne demandons pas uniquement le contrôle des conditions de hausse, et que le report ne soit pas à sens unique, mais encore un moratoire d'au moins une année à partir du seuil de 6 pour cent.

Mais si la logique de l'économie veut que les répercussions soient celles que nous connaissons – je mets en doute le fait qu'elle ne puisse pas être modifiée – alors, pourquoi donc ne nous donnons-nous pas les moyens de la contourner? Si les banques imposent le report des hausses du taux, encore que l'on doit se poser des questions si l'on établit une comparaison entre les bénéfices quand même assez énormes des grandes banques et la mécanique du report sur les locataires, alors contourmons-les.

Il faut ainsi demander que le deuxième pilier puisse offrir des hypothèques, à taux fixes. Ce serait aussi une manière de faire jouer les mécanismes économiques. Ceux qui croient au libéralisme ne pourraient décidément pas s'opposer à ce que les banques soient concurrencées sur leur propre terrain. Nous estimons qu'une solution à long terme réside dans le fait que les banques soient concurrencées sur le marché du capital par la mise à disposition d'hypothèques à taux fixes par les caisses de pensions.

Fischer-Sursee: Ich muss heute meine Interessenbindung ein zweites Mal offenlegen. Ich bin Präsident der Luzerner Kantonalbank. Wir haben volles Verständnis für die Sorgen der Mieter in bezug auf die Entwicklung der Zinsen. Das gleiche Verständnis müssen wir aber auch der Wirtschaft, den Unternehmern, den Handwerkern, aber auch den Landwirten entgegenbringen, die ja durch das teurere Geld auch betroffen werden. In der Schweiz sind wir seit Jahren verwöhnt mit einem sehr tiefen Hypothekarzinsatz. Das war für uns gut, aber wir müssen sehen, warum das möglich war. Wir verdanken diesen tiefen Hypothekarzinsatz allein unserem Sparer, der sein Geld zu einem relativ tiefen Zins auf ein Sparheft legt.

Dank ihm war es möglich, die Hypozinsen tief zu halten. Ob das richtig ist, möchte ich offenlassen. Auf jeden Fall hat in den letzten Jahren und vor allem auch in diesem Jahr eine markante Umlagerung von Spargeldern in höher verzinsliche Gelder stattgefunden. Allein in diesem Jahr sind bei der Luzerner Kantonalbank 10 Prozent der Spareinlagen in höher verzinsliche Anlagen abgeflossen. Im Grunde genommen ist der Sparer der Dumme, indem er den Banken zu billiges Geld zur Verfügung stellt und dadurch die Mieter und alle Kreditnehmer profitieren. Ein weiterer Grund, dass die Zinsen ansteigen, ist der Rückgang der Spargelder wegen der zweiten Säule, weil dort nun neue Gelder angehäuft werden, die dem Finanzsektor, den Banken, entzogen werden.

Es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass der Hypozinsatz einen gewaltigen Einfluss auf den Mietzins hat. Gegen diese Aussage muss einmal mit aller Klarheit gesagt werden, dass dies nur bedingt, wenn überhaupt, richtig ist. Seit 1975 bis 1988 bewegte sich der Hypothekarzinsatz zwischen 4,75 Prozent und 6 Prozent. In dieser Zeit hat die Teuerung um rund 50 Indexpunkte zugenommen und der Mietzins ungefähr auch um diese Indexpunkte. Im Jahre 1982 war der Hyposatz 6 Prozent, er sank bis 1988 auf 5 Prozent; und in dieser Zeit haben die Teuerung und der Mietzinsindex ebenfalls um 30 Punkte zugenommen. Also genau das Gegenteil ist eingetreten: Trotz sinkendem Hyposatz sind die Mietzinsen gestiegen. Es gibt eben auch andere Ursachen für die Mietzinssteigerung: grösserer Wohnkomfort, teureres Bauen usw.

Man wirft den Banken immer wieder vor, sie seien an dieser Mietzinssteigerung bzw. an der Erhöhung des Hypozinssatzes schuld. Wer nur etwas von Wirtschaft versteht, weiss, dass die Banken an der Erhöhung des Hypozinssatzes überhaupt keine Freude haben, aber sie sind gezwungen, den Marktgesetzen zu folgen. Wenn das Geld teurer wird, hat die Bank keine andere Wahl, als den Hyposatz anzuheben. Und hier trifft es vor allem unsere Hypothekarbanken, das sind die Regionalbanken, das sind die Kantonalbanken. Bei diesen ist die Zinsdifferenz seit Jahren im Schwinden. Sie wird immer kleiner. Und wenn Sie wollen, dass diese Banken immer mehr Probleme erhalten, dann müssen Sie mit Zwang eingreifen. Das Ergebnis wird sein, dass diese Banken allmählich verschwinden und noch einige Grossbanken vorhanden sind. Es ist gefährlich, hier in den Marktmechanismus einzugreifen. Wir haben schlagende Beispiele in den USA. Dort haben in den letzten Jahren Hunderte von Banken, die vor allem im Hypothekarbereich tätig waren, Konkurs gemacht, weil sie nicht die entsprechenden Zinsdifferenzerträge hatten, um auch Verluste auszugleichen.

Zubilligen muss ich, die Banken haben keine Freude daran, dass der Mietzinsmechanismus an den Hypothekarsatz gebunden ist. Es wäre richtiger, wenn jeweils bei der Erhöhung des Mietzinses der Vermieter den Nachweis erbringen müsste, dass er entsprechend teurere Hypotheken hat. Wenn Festhypotheken vorhanden sind, dann müsste man von ihm erwarten, dass er nicht erhöht. Man muss aber auch sehen, dass es nicht richtig ist, nur die Neuhypotheken zu erhöhen und gezielt den alten Satz tief zu lassen. Da begünstigen wir die Altmietler, die in der Regel jetzt schon einen günstigeren Mietzins haben als Mieter, die in Neubauten gehen müssen. Durch einen höheren Satz für Neuhypotheken verteuern wir die Neubauten noch mehr, der Mietzins für die Neumietler wird noch höher. Hier geschieht im Grunde genommen eine Ungerechtigkeit.

Frau Stocker: Ich wundere mich: Seit gut einer Stunde drücken hier am Mikrophon freie Schweizer Männer aus, dass wir eigentlich Sklaven sind. Wobei es dann nur eine Frage der parteipolitischen Provenienz ist, ob die Sklaverei da oder dort gesucht wird. Wenn ich mit den Leuten auf der Strasse spreche, haben sie klare Aussagen, was man oder frau tun könnte. Ich erlaube mir, diese Stimme hier auch zu vertreten.

Ein erster Punkt: Wir haben mit dem Boden das gemacht, was man nicht machen soll, wir haben nämlich den Boden vermarktet, obwohl er nicht reproduzierbar ist.

Eine zweite Ueberlegung: Wir machen aus dem menschlichen

Grundbedürfnis, ein Dach über dem Kopf zu haben, eine Nachfrage- und Angebotsfrage.

Eine dritte Ueberlegung: Ich glaube bald, dass die Menschen, die heute emanzipatorisch sagen, dieses Sklaventum – sei es von hier oder von dort diktiert – wollten sie nicht, eigentlich hier im Saal sehr viel zu sagen haben. Es gibt nämlich ganz einfach auch die Feststellung, dass zu viele über ihre Verhältnisse leben und dass dann letztlich diejenigen das auszubaden haben, die nie ihren Verhältnissen gemäss leben können.

Es fällt mir auf, dass wir nun gut 70 Minuten darüber diskutieren, wer schuld ist am Zwang; aber niemand könnte mir oder den Menschen auf der Strasse sagen, wer hier auch eine befreiende, eine emanzipatorische, den Grundbedürfnissen entsprechende Politik vertreten könnte.

Allenspach: Es ist durchaus verständlich, dass Mieter und Hauseigentümer die Entwicklung der Hypothekarzinsse sehr aufmerksam verfolgen, denn die Mieten und die Hauseigentümerlasten sind wesentliche Ausgabenposten im Haushaltsbudget eines jeden. Doch wäre es gefährlich, daraus den Schluss abzuleiten, dass die Politik die Mietzinse und die Hauseigentümerlasten festlegen sollte. Wenn diese Lasten und die Mieten verpolitisiert werden, dann wird zumeist ökonomisch und sozial falsch gehandelt. Gerade diese Diskussion hat gezeigt, dass es bei der Festlegung der Hypothekarzinsse, wenn der Staat interveniert, immer Begünstigte und Benachteiligte gibt. Sie müssten dann entscheiden, wer begünstigt oder benachteiligt ist.

Die Höhe der Hypothekarzinsse wird von vielen Faktoren beeinflusst. Ist wenig Anlagekapital vorhanden oder wird das Anlagekapital in anderen Formen besser verzinst, dann fehlen die Mittel für das Hypothekargeschäft und da müssten auch die Hypothekarzinsen nachziehen. In Zeiten der Ueberkonjunktur, der Vollbeschäftigung und der Teuerung steigen – das zeigt die Erfahrung – die Hypothekarzinsen ziemlich rasch. Verringert sich der Spargeldzufluss und legt der Sparer seine Sparbaten in besseren Anlageformen an als in Sparheften, dann haben die Banken zu wenig billiges Geld, um Hypotheken zu finanzieren. Weil der Hypothekarzins ein Preis ist, der sich weitgehend auf dem Markt bildet, kann der Staat nicht ohne schwere Konsequenzen eingreifen. Eine Blockierung der Hypothekarzinsse beispielsweise durch staatliche Erlasse hätte zur Folge, dass die Banken und die institutionellen Anleger ihre Mittel nicht mehr in Hypotheken anlegen könnten. Es hätte zur Folge, dass für Hypotheken schwarzes Geld bezahlt würde, dass der Wohnungsbau mangels Baufinanzierung zum Erliegen käme, dass die Wohnungsknappheit verewigt würde. Es wären die gleichen Kreise, die heute Interventionen auf dem Hypothekarzinsmarkt anstreben, die dann wieder auf die Tribüne des Rats steigen würden, um diese Konsequenzen zu geisseln.

Es ist die Frage gestellt worden, weshalb die hypothekarische Verschuldung in der Schweiz so hoch ist. Das ist eine Folge der Tatsache, dass bei uns die Hypotheken viel billiger sind als anderswo. Hätten wir gleich hohe Hypothekarzinsen wie im Ausland, dann wäre die hypothekarische Verschuldung in der Schweiz wesentlich geringer, weil es sich dann nicht mehr lohnen würde, sich in Hypotheken zu verschulden. Wenn wir die Hypotheken künstlich verbilligen, dann wird tendenziell die hypothekarische Verschuldung weiter ansteigen.

Die automatische Verbindung zwischen Hypozinsen und Mieten ist eine Folge des Bundesbeschlusses über Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen. Dort wurde aus sozialen Gründen das Prinzip der Kostenmiete durchgesetzt. Wir haben diese Koppelung von Kosten und Mieten immer als problematisch bezeichnet. So lange dieses Kosten-Mietprinzip herrscht, solange werden die Hypothekarzinserhöhungen auch auf die Mieten überwälzt werden müssen. Wiederum aus sozialen Gründen hat die Mietpreisüberwachung Anpassungsregeln festgesetzt. Wenn nun ein Vermieter diese Anpassungsregeln befolgt und sich in ihrem Rahmen bewegt, kann ihm nicht unsoziales Verhalten vorgeworfen werden.

Wir haben alle ein Interesse, dass die Teuerung nicht weiter zunimmt. Auch die Arbeitgeber sind daran interessiert, dass der Hypothekarzins stabil bleibt. Ueber den Landesindex der

Konsumentenpreise steigt der Druck auf die Löhne, wenn die Mieten steigen. Es wäre aber falsch, wenn der Staat eingreifen würde. Damit möchte ich deutlich machen, dass nicht zusätzliche staatliche Gesetze, Interventionen und Vorschriften die Teuerung und die Mietpreisteuerung bekämpfen können, sondern nur mehr Flexibilität und mehr Markt bei den Hypothekarzinsen, aber auch bei den Mieten.

Rechsteiner: Herr Maximilian Reimann hat davon gesprochen, dass jede Medaille ihre zwei Seiten habe. Das ist zweifellos auch in diesem Bereich zutreffend. Es ist sicher so, dass die Zinsen auch für die Anlagen gestiegen sind. Nur muss man auch sagen, dass man, um die Hypothekarzinssteigerungen bei einer durchschnittlichen Miete mit Anlagen wettmachen zu können, über rund 200 000 Franken Vermögen verfügen muss. Die meisten Mieter verfügen nicht über dieses Vermögen. Es findet eine Umverteilung statt. Die Mieterinnen und Mieter, die Mietzinserhöhungen zu bezahlen haben, bezahlen Geld an diejenigen, die über das Vermögen verfügen, um solche Anlagen in höheren Grössenordnungen tätigen zu können. Sie müssen diese Zinserhöhungen bezahlen. Das ist eine Umverteilung, aber eine von unten nach oben und nicht von oben nach unten, wie sie eigentlich erfolgen müsste.

Zur Antwort des Bundesrates: Die Beurteilung dieser Antwort muss differenziert ausfallen. Es gibt ein positives Element – Herr Moritz Leuenberger hat das schon gesagt –, die Frage 2 ist so beantwortet worden, wie wir uns das eigentlich vorgestellt haben. Der Bundesrat hat hier festgestellt, dass Mietzinserhöhungen nur erfolgen dürften, wenn dem Vermieter tatsächlich Mehrkosten aus Hypothekarzinssteigerungen erwachsen. Das ist insbesondere bei Festhypotheken nicht der Fall. Herr Leuenberger hat aber gleichzeitig darauf hingewiesen, dass die Gerichtspraxis weitgehend gegenteilig entscheidet. In allzu vielen Fällen werden Hypothekarzinssteigerungen auch dann auf die Mietzinsen überwälzt, wenn sie gar nicht erwachsen sind, wenn nämlich Festhypotheken auf der Liegenschaft liegen oder die Liegenschaft nur mit Eigenkapital finanziert ist. Es geht darum, dass der Bundesrat diesen Missstand in der Gerichtspraxis auch erkennt. Es genügt nicht, eine richtige Antwort auf diese Frage zu geben, es geht auch darum, dafür zu sorgen, dass die Gerichte von dieser Auffassung erfahren. Das macht unter Umständen eine weitere Präzisierung in der Verordnung nötig.

Weniger positiv ist die Antwort im Bereiche der Hypothekarzinsen, der Preisüberwachung zu beurteilen. Wir begrüßen es natürlich, dass die Kreditzinsen endlich nun dem Preisüberwacher unterstellt werden sollen. Aber wenn der Bundesrat ein Dringlichkeitsrecht für die Hypothekarzinsen ablehnt, muss er sich fragen lassen: Wann soll dieses Recht in Kraft treten? Wir haben heute die grössten Missstände im Bereiche der Kreditzinsen. Es ist unverantwortlich, eine weitere Hypothekarzinsrunde durchzuführen. Ein Beschluss über den Einbezug der Kreditzinsen in die Preisüberwachung kommt zu spät, wenn er nicht auf dem Dringlichkeitsweg erlassen wird.

Herr Eggly hat das Hohelied der Grossbanken gesungen. Man muss aber feststellen, dass die Grossbanken nicht philanthropisch handeln. Sie haben Rekordabschlüsse aufzuweisen, und trotzdem waren es die Grossbanken – insbesondere der Schweizerische Bankverein –, die wieder vorangegangen sind und dadurch volkswirtschaftlich, aber insbesondere auch sozialpolitisch ein sehr fragwürdiges Verhalten an den Tag gelegt haben.

Die problematischste Antwort des Bundesrates ist zweifellos diejenige auf die geforderte Mietzinskontrolle. In diesem Zusammenhang muss einfach festgestellt werden, dass der Verweis auf das neue Mietrecht beziehungsweise auf den Bundesbeschluss über Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen nicht genügt. Der Preisschutz ist das schwache Kapitel der Mietrechtsrevision – das musste schon mehrfach festgestellt werden –, weil der heutige Bundesbeschluss mit all seinen Mängeln einfach unverändert ins ordentliche Recht übernommen wird. Es ist nicht so, wie Herr Allenspach das gesagt hat, dass der Bundesbeschluss geprägt ist nur durch Kostenelemente, sondern es ist so, dass der Mietzins aufgrund dieses Bundesbeschlusses und des Preisschutzes im neuen

ordentlichen Recht auch erhöht werden kann, wenn gewisse Marktelemente gegeben sind – ich verweise insbesondere auf das Erhöhungskriterium des orts- und quartierüblichen Mietzinses. Wir haben heute eine besondere Situation auf dem Wohnungsmarkt. Wir haben nicht mehr nur Wohnungsnot, wir haben heute eine Mietzinsnot. Diese erfordert ein notrechtliches Eingreifen und deshalb die Mietzinskontrolle.

Eisenring: Mit dem Bankgewerbe vertraut, möchte ich in erster Linie darauf hinweisen, dass die Banken die letzten sind, die an hohen Hypothekarzinsen irgendein Interesse haben. Sie haben ein Interesse an hohen Margen und sonst an nichts. Dies ist eine wesentliche Ueberlegung, die hier nicht angestellt worden ist. Und dass die Margen nicht überall genügen, scheint mir u.a. aus der Tatsache hervorzugehen, dass die Bankkommission in den letzten Jahren wiederholt, namentlich bei auf Hypothekengeschäften spezialisierten Banken, intervenieren musste, mit der Bitte, ihre Abschlüsse etwas anders darzustellen, um nicht den falschen Eindruck zu erwecken, sie hätten so viel verdient, wie sie ausweisen wollten. Diese Vorbemerkungen sind nötig, wenn man auf das Problem näher eintreten wird.

Es ist wiederholt gesagt worden, unser Hypothekarmarkt lebe von den Spargeldern und neuerdings auch in ausserordentlich starkem Masse – das übersehen wir – von Kassascheinen der Banken. Es musste dort bei deren Verzinsung bereits ein Schritt gemacht werden, der sich in den Hypothekarzinsen niederschlägt. Darf ich übrigens darauf hinweisen, dass wir ohne die AHV heute schon ganz andere Zinssätze hätten? Empirische Untersuchungen zeigen nämlich, dass ein Drittel der heutigen AHV-Auszahlungen wieder gespart wird. Trotzdem reicht das Sparvolumen – auch unter Einbezug der Kassascheine – nicht aus, um einen Druck auf die Hypothekarzinsen ausüben zu können.

Wir haben an dieser Stelle wiederholt vor der Verteufelung des schweizerischen Finanzmarktes gewarnt, und zwar aus dem einfachen Grund, weil wir sagten, Spargelder plus Kassenscheine dienen der Finanzierung des inländischen Marktes und damit vor allem auch des Hypothekarmarktes. Die billigen Auslandsgelder, die zum Teil zinslos, über einige Zeit sogar mit Negativzinsen, auf den schweizerischen Banken gelegen hatten, wurden herbeigezogen, um das kommerzielle Geschäft, also den Warenverkehr mit dem Ausland, zu finanzieren. Ich bitte Sie zu sehen, dass wir – ob billige Zinsen oder teure Zinsen – oft auch ungünstige Exportbedingungen zu verkraften haben und mit Kredithilfen nachhelfen müssen. Dem Finanzmarkt Schweiz hat man zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, im Gegenteil, man hat ihn systematisch verteufelt, mit dem Ergebnis, dass uns heute Gelder vom internationalen Markt fehlen.

Es war eine Interpellation unseres sehr verehrten ehemaligen Kollegen Hans Schmid, der sich auch gegen die Internationalisierung des Schweizer Frankens wandte. Wir wollten die Internationalisierung des Frankens nicht, wir wollten uns dem internationalen Spiel des Zinssatzes möglichst entziehen und das schweizerische Sonderstatut erhalten. Heute sind wir in die Phase der Integration auch des Zinsgefüges eingetreten und müssen uns mit anderen Voraussetzungen als früher auseinandersetzen. Wir haben infolge der Veränderungen auf dem Finanzmarkt insgesamt schon heute zuwenig Mittel, um z. B. genügend Auslandsanleihen und genügend Inlandsanleihen finanzieren zu können. Gehen Sie doch einmal den Ursachen dieser Entwicklung nach und nicht den Folgen Ihrer eigenen Politik!

Ich darf auch darauf hinweisen, dass es ein Sonderfall ist, dass wir uns in den letzten Jahrzehnten nie im Ausland finanzieren mussten. Noch in den zwanziger Jahren hat der alte Walter Boveri in Amerika über Anleihen für Schweizer Städte verhandelt, weil unser Kapitalmarkt damals nicht ergiebig genug und die Sparquote nicht ausreichend waren. Denken Sie doch einmal zurück, und lesen Sie die Geschichtsbücher, statt nur der Strasse nachzulaufen und die Reklamationen der lieben Leute entgegenzunehmen!

Es ist, seit ich im Parlament bin, nun die dritte grosse Hypothekarzinsrunde, wenn man so sagen kann. In der zweiten haben

wir u. a. versucht, die Zwangsamortisation der Hypotheken einzuführen, die gegen Zustände ginge, wie sie Herr Weder hier vorne kritisiert hat, nämlich die hohe Hypothekenzinssatz. Es war ebenfalls die Politik, die damals Front gegen die Zwangsamortisation der Hypotheken gemacht hat, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil eine Reihe von Wohnbaugesellschaften und Wohnbaugenossenschaften nicht haushälterisch waren und für die Amortisation nicht die notwendigen Rückstellungen gemacht hatten. Heute sind wir so weit, dass bei einer Reihe von – auch vom Bund geförderten – Genossenschaften nicht nur nicht amortisiert wird, sondern zur Renovation der Wohnungen gar neue Bundesdarlehen geholt werden, beziehungsweise auf die Altschulden werden noch neue aufgestockt. Ich bitte Sie, endlich einmal auch diese Zusammenhänge zu sehen und nicht «Politik der billigen Gasse» zu machen.

M. Delamuraz, président de la Confédération: La situation est sensible. Sensible pour les locataires, sensible pour les propriétaires individuels, consécutivement à deux hausses du taux hypothécaire et des répercussions qu'elles présentent, en particulier sur les loyers. Certes, nous devons constater – et de nombreux orateurs l'ont rappelé – qu'en étant à 6 pour cent, le taux hypothécaire suisse est à un niveau autrement plus accessible que les taux hypothécaires de l'étranger, notamment ceux de la Communauté économique européenne (je ne citerai que l'exemple allemand qui se situe à près de 8 pour cent). Les répercussions de la hausse des loyers sur l'indice des prix à la consommation, soit environ 1,8 pour cent demeure, par rapport à l'évolution du salaire nominal, très en retrait de ce dernier et ne fait par conséquent pas apparaître, en général, de situations catastrophiques. Il n'empêche que nous avons à nous préoccuper de cette question et je suis heureux que la discussion ait été demandée sur la réponse gouvernementale à l'interpellation socialiste. Cela nous permet de resituer un certain nombre de choses et de répondre à un certain nombre de questions.

Je commencerai par m'interroger sur les mesures qu'il y a lieu de prendre pour empêcher un débordement des loyers sans pour autant recourir au contrôle de ces derniers. Au risque de répéter des propos que certains d'entre vous qualifieront d'orthodoxes – comme si c'était un défaut d'avoir des propos orthodoxes – je dirai que la meilleure protection des locataires, à la longue, contre des loyers excessifs, est sans doute la présence sur le marché, d'un nombre suffisant de logements de toutes les catégories. Actuellement, avec un parc d'environ 3 millions de logements en Suisse, nous constatons que la vacance ne représente qu'un petit demi pour cent, alors que chacun s'accorde à souhaiter, pour l'élasticité normale de ce marché, un volant de l'ordre de un à un et demi pour cent de vacance.

Il faut donc continuer de construire. Il faut attribuer à la vertu constructive toute sa valeur et ne pas se laisser obscurcir seulement par le fait qu'elle est rendue momentanément plus difficile à cause de l'augmentation des taux hypothécaires. Il y a mille autres facteurs qui influent sur cette capacité constructive, auxquelles nous devons porter une attention considérable. Non seulement les pouvoirs publics – et là je pense à l'effet décisif des législations et des attitudes cantonales et communales, plus que fédérales – mais encore aux partenaires privés dans la construction. Il ne fait pas de doute que dans la rénovation et la meilleure utilisation de l'espace habitable, il y a, en plus des constructions nouvelles, encore de quoi améliorer l'offre et par conséquent, graduellement, essayer de l'adapter à une demande qui a explosé ces dernières années, non seulement en quantité mais aussi en exigences de qualité et de confort, ce qui est au reste parfaitement légitime.

A l'expérience, la législation contre les abus s'est révélée positive. Elle ne s'oppose pas à la construction neuve, elle ne s'oppose pas non plus à la rénovation. Elle fixe simplement quelques règles qui permettent d'éviter les débordements. Aller plus loin, vouloir un contrôle des loyers – dont l'expérience a été négative – qu'il s'agisse de notre exemple ou d'exemples étrangers, ce serait aller à l'encontre de certaines règles de marché dont il faut imprégner le secteur de la construction et le

marché du logement en général. C'est la raison pour laquelle nous ne voulons pas aller dans le sens que nous proposaient certains orateurs, soit le contrôle des loyers.

Il faut bien se rendre compte que l'ensemble du contexte juridique, marquant la construction aujourd'hui, est en train de changer ou a déjà changé par l'application de règles nouvelles ou de règles actuellement en préparation. Je ne mentionnerai que quatre de ces changements: l'ordonnance appliquée dans le secteur locatif a été modifiée récemment par le Conseil fédéral (en septembre) afin que, d'une manière plus systématique, cette ordonnance que l'on avait tendance – surtout en Suisse romande et au Tessin – à ne vouloir faire jouer qu'à la hausse, puisse et doit aussi jouer à la baisse. Ce changement devrait apporter ses effets bénéfiques à court et à moyen terme. Ce premier exemple est pour moi le moyen de m'interroger – avec Monsieur Longet et avec plusieurs orateurs – quant à ce mécanisme de répercussion sur les loyers des variations du taux hypothécaire: la situation sur ce point est-elle satisfaisante? Ma réponse est partiellement négative. La répercussion automatique est une conséquence de l'arrêté de 1972 contre les abus dans le secteur locatif. Certains bailleurs augmentent les loyers sans tenir compte des particularités de la chose louée et de la situation personnelle du locataire.

C'est pourquoi nous avons affiné l'ordonnance mais c'est pourquoi il faut aussi souhaiter – en-dehors du cadre étatique – davantage d'imagination et de souplesse dans le droit privé. Je suis persuadé que c'est ainsi qu'en droit privé il sera possible d'établir des contrats-cadres qui permettront d'affiner mieux encore cette relation et qui surtout permettront de mieux tenir compte d'un certain nombre de cas particuliers qui ne se plient pas à une règle unique.

Un premier domaine de changements du champ juridique vient ainsi d'être décidé.

Deuxième exemple: il s'agit de la surveillance des prix et des intérêts des crédits. Assurément, un beau débat en perspective ici au Parlement, car je vois d'emblée les positions se situer par rapport au message que le Conseil fédéral vous a présenté le 27 novembre dernier! Ce message entend apporter réponse à l'initiative populaire sur la surveillance des prix et des intérêts des crédits.

Dans la réponse que nous avons donnée à l'interpellation socialiste au mois de septembre, il était question de ce projet. Pour le Conseil fédéral, celui-ci est devenu une décision. En combattant l'initiative populaire qui nous est présentée, nous proposons un contre-projet indirect sous la forme d'une révision de la loi concernant la surveillance des prix.

Les demandes des auteurs de la deuxième initiative sur la surveillance des prix devraient en être satisfaites. Au lieu d'une inscription constitutionnelle, il s'agirait d'une loi et, selon les propositions faites par le Conseil fédéral, les intérêts des crédits, entre autres, devraient aussi être soumis à la surveillance des prix. Ainsi seraient créées les conditions pour une surveillance des intérêts hypothécaires, motivée par la politique de la concurrence.

Le Conseil fédéral – et je réponds là à plusieurs interventions – est d'avis qu'il n'est pas judicieux d'isoler une partie de la loi soumise à révision en l'assortissant de la clause d'urgence. En d'autres termes, si compréhensible que puisse être votre impatience, Mesdames et Messieurs les orateurs qui réclamez ce droit d'exception et sa mise en vigueur urgente, nous sommes d'avis que, pour l'ensemble de ces mécanismes et de la politique de surveillance des prix, il est indispensable de conduire une politique globale, que les choses se tiennent les unes les autres dans un ordre logique et cohérent. C'est la raison pour laquelle nous jugeons plus intelligent, plus lucide et mieux inspiré de pouvoir continuer de comprendre cette surveillance d'une manière générale dans la surveillance des prix étendue que nous soumettons à votre approbation.

Un troisième domaine de changement du cadre juridique dans lequel se posent le problème de la construction et celui du logement est assurément l'évolution de la législation foncière à laquelle vous procédez actuellement. Un quatrième exemple est l'évolution du droit de bail.

J'aborde la deuxième partie de ma réflexion. Isoler la politique

de la construction, le marché du logement de son contexte et vouloir le traiter pour soi n'est pas sage et n'est même pas possible économiquement. Ce secteur et ce marché ont des règles pour nous prévenir des abus. Qu'il y ait un certain nombre de règles spécifiques pour endiguer ce marché, lui donner les moyens de se développer dans un cadre admissible, tout à fait d'accord; en revanche, vouloir artificiellement l'isoler totalement du contexte ne serait pas sage.

Or, quel est ce contexte? Je constate que la politique économique a permis durant huit ans d'aboutir d'une manière très correcte et riche de succès dans les domaines du plein emploi, de la croissance et de l'équilibre extérieur, et rien, dans les signes économiques internationaux ou nationaux, ne nous indique pour cette année et la prochaine qu'il doive en aller autrement. Peut-être un certain tassement de la croissance économique suisse, européenne et mondiale, mais pas davantage; le plein emploi, le suremploi même, la croissance et l'équilibre extérieur continueront d'être assurés à un prix fort car, en réalité, nous sommes déjà entrés dans une ère de surchauffe.

Et précisément, le quatrième but d'une politique économique à succès, qui a toujours été atteint pendant les sept ou huit dernières années et qui ne l'est plus aujourd'hui, est la lutte contre le renchérissement qui n'aboutit plus comme ce fut le cas précédemment. Le taux de renchérissement que nous observons et qui se marquera encore dans les prochains mois est le résultat évident d'une politique monétaire trop expansive, notamment durant l'année 1988. Je m'empresse de dire qu'il est beaucoup plus simple de juger d'une politique lorsqu'elle s'est accomplie que lorsqu'on l'entreprend.

Il y avait quelques bonnes raisons pour que la Banque nationale suisse aille dans le sens qu'elle a choisi. Elle a simplement eu la main lourde et l'ensemble de l'économie paie aujourd'hui le prix de cette expansion de la politique monétaire. Il fallait enrayer le phénomène et c'est pourquoi, dès la fin de l'année dernière, la BNS a adopté un cours plus restrictif dans sa politique. Il est bien clair que ces restrictions ne pourront avoir un effet qu'à long terme, de même que les effets négatifs d'une politique trop expansionniste ne se feront sentir que dans un certain temps, ce qui signifie que nous n'avons pas encore mesuré la fin de cette période de renchérissement, en dépit des mesures très rigoureuses qu'a prises la Banque nationale suisse dès cette année.

Mais alors, s'interrogent plusieurs orateurs, cette politique monétaire restrictive ne contribue-t-elle pas, en définitive et paradoxalement, au renchérissement, par ses effets sur les loyers? Par conséquent, toutes les vertus que le Conseil fédéral, dans sa réponse à l'interpellation, trouve à la politique de la BNS 1989, condamnant un peu celle de 1988, ne seront-elles pas largement contrebalancées par les autres effets, en particulier par les conséquences sur les loyers?

Eh bien, voyez vous, il est juste que les règles qui définissent la répercussion des taux d'intérêt sur les loyers ont un effet cumulatif et peuvent, en tout cas au court terme, sembler nous conduire à contre-courant de la politique que nous voulions choisir. Mais, en réalité, il s'agit-là d'un secteur assez isolé et d'une situation qui n'est pas durable car, en définitive, ce qu'il fallait prendre en compte, lorsque la demande dépasse l'offre, c'est combattre les effets d'une surchauffe en réduisant la demande par des taux d'intérêt plus élevés.

Il serait faux de croire qu'on devrait renoncer à cette politique monétaire restrictive, car le prix à payer du renoncement à une telle politique serait beaucoup plus élevé dans la lutte contre le renchérissement. C'est ainsi, Messieurs Leuenberger, Hafner, Weder, que je justifie, en particulier, la réaction d'appui à la politique de la banque centrale de la part du Conseil fédéral.

Sur le plan international, on ne voit que très peu de signes qui font penser à une éventuelle récession, les perspectives d'une croissance continue ne permettent pas aux banques centrales en Europe de faire baisser sensiblement les taux d'intérêt. En République fédérale d'Allemagne les taux à court terme dépassent le niveau atteint en Suisse et le franc suisse n'a pas tardé à se déprécier à nouveau par rapport au mark allemand, d'où raréfaction des montants placés dans notre pays à disposition, d'où mouvance croissante des capitaux placés. Depuis plus d'une année les placements sur les carnets d'épargne

n'ont connu aucune augmentation, tandis que les placements hypothécaires – de 71 banques – ont augmenté de 25 à plus de 200 milliards, les placements sur les carnets d'épargne ont diminué de 5 milliards à un niveau de 105 milliard seulement. C'est dire que le public a préféré des placements plus rémunérateurs, tels que les créanciers à terme, plus de 43 milliards d'augmentation en une année. Ce taux d'intérêt, en effet, se situe maintenant à 7 pour cent et, dans cette situation d'adaptation rapide des placements, on ne saurait dire comment les banques pourraient faire autrement que de mettre le taux hypothécaire en ligne, avec les conditions générales de financement.

Vu cette mouvance, vu les intérêts parfois capricieux et beaucoup plus rapides qu'autrefois de la clientèle, vu le contexte international, vu la situation économique nationale et internationale, je ne vois pas que la Banque nationale puisse actuellement poursuivre autre chose qu'une politique restrictive, au moins pour un certain temps, et politique restrictive ne veut pas dire, dans mon esprit, une troisième augmentation. Relâcher cette politique, serait abdiquer au bout du compte toute politique de lutte contre l'inflation. Nous considérons que cette lutte a repris de l'actualité depuis la première fois depuis huit ans et qu'il faut la conduire. Renforcer cette politique serait aller à l'encontre des intérêts économiques et sociaux de notre population, car elle aurait des effets immédiats pervers et coûteux et nous ne pourrions pas l'admettre. Elle conduirait sans doute, le point de passage étant toujours très délicat, à plus ou moins long terme à un dérapage vers la récession économique, ce que nous ne voulons ni les uns ni les autres. Cela est subtil, – je viens de le dire, et je le répète – nous sommes en présence d'une situation extrêmement fluide, l'appréciation qui en a été faite par l'autorité politique et par la banque centrale en 1989 a été mesurée.

C'est dans cet esprit que je puis confirmer, en les actualisant et en les nuanciant quelque peu, les réponses que le Conseil fédéral apporte à cette intéressante interpellation.

89.060

Alkoholverwaltung. Geschäftsbericht und Rechnung 1988/1989 Régie des alcools. Gestion et compte 1988/1989

Bericht und Beschlussentwurf vom 13. September 1989
Rapport et projet d'arrêté du 13 septembre 1989

Bezug bei der Eidgenössischen Alkoholverwaltung,
Länggassstrasse 31, 3012 Bern
S'obtiennent auprès de la Régie fédérale des alcools,
Länggassstrasse 31, 3012 Berne

Herr **Hari** unterbreitet im Namen der Kommission für Gesundheit und Umwelt den folgenden schriftlichen Bericht:

Die Rechnung der Eidgenössischen Alkoholverwaltung schliesst bei einem Ertrag von 392,3 Millionen und einem Aufwand von 171,7 Millionen mit einem Reinertrag von 220,7 Millionen Franken ab. Das Ergebnis liegt um 37,4 Millionen Franken niedriger als 1987/1988.

Der Betriebsaufwand ist mit 171,7 Millionen Franken 41,5 Millionen Franken höher als 1987/1988. Vor allem die Förderung der Kartoffel- und Obstverwertung kostete bedeutend mehr. Der Betriebsertrag beläuft sich auf 392,3 Millionen Franken gegenüber 388,2 Millionen im Vorjahr. Der Ertrag aufgrund von Steuereinnahmen für inländische Branntweine und aus Monopol- und anderen Gebühren war höher.

Vom Reinertrag der Alkoholverwaltung erhält gemäss Bundesverfassung und Alkoholgesetz der Bund 201,0 Millionen Franken zugunsten von AHV und IV. 22,3 Millionen Franken

Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion Entwicklung auf dem Hypothekarzinsmarkt

Interpellation du groupe socialiste Evolution des taux hypothécaires

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1989
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	89.454
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	29.11.1989 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1884-1892
Page	
Pagina	
Ref. No	20 018 038

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.